

# Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Zeitung-Blätter  
„Tageblatt“, Riesa.

Amtsblatt

St. 22

für die Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, das Königl. Amtsgesetz und den Rat der Stadt Riesa,  
sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 160.

Freitag, 13. Juli 1917, abends.

70. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,7 Uhr mit Ausnahme des Sonn- und Feiertags. **Bemerkung:** gegen Voranzeigung, kann unsere Zeitung bei Haus oder bei Abholung am Schalter der Kaiser-Polyklinik vierzehnthalb 2,50 Mark, monatlich 26 Pf. Anzeigen für die Nummern des Ausgabedates sind bis 10 Uhr vorvertrag aufzugeben und im vorraus zu bezahlen; eine Gewalt für das Schreiben an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für bis 43 mm breite Grundzeitung 7 Silber 20 Pf., Ortspreis 15 Pf.; getrennter und zentralischer Satz entsprechend höher. Nachschungs- und Vermittlungszettel 20 Pf. feste Tarife. Vermülliger Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abzug eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbilanz. Zeichner an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Versicherungseinrichtungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Entfernung oder Abschaffung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Umgangsteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

## Bekanntmachung

an sämtliche staatlichen Kassenstellen über die Einweichung von Silber- und Nickel-münzen gegen Kassenscheine; vom 19. Juni 1917.

Der Bestellung der durch die Aufpreiserhöhung von Silber- und Nickelmünzen hervorgerufenen Not an kleinen Zahlungsmitteln wird seitens der Reichsfinanzverwaltung ernstlich erwogen, die gesamten Silber- und Nickelmünzen außer Verkehr zu führen und das gewonnene Metall zur Prägung neuer Münzen zu benutzen. Zur Durchführung dieser Absicht würde die Reichsfinanzverwaltung darauf ankommen, zunächst neue Münzen zu prägen, die an Stelle der eingeschlagenen bisherigen Münzen in Verkehr zu bringen wären, und alsdann die zur Zeit geltenden Münzen mit verhältnismäßig kurzer Frist außer Verkehr zu führen und zwar dergestalt, dass sie nicht wieder Geltung erlangen würden.

Um alle diejenigen, die trotz der fortgesetzten Warnungen noch heute größere Bestände von Silber- und Nickelmünzen in ihrem Besitz haben, vor Schaden zu bewahren, werden die Staatskassen angewiesen, schon jetzt vom Publikum Silber- und Nickelselbst auch in größeren Summen zum Austausch gegen Scheine anzunehmen.

Soweit der bestehende Mangel an kleinem Wechselgeld es erfordert, können einstweilen die Münzen wieder in den Verkehr gegeben werden, bis durch Reprägung der Bedarf endgültig sein wird.

Gämtliche Justizministerien.

1971 allg. Verf. R.

Auf Grund von § 1 Absatz 1 der Bundesratsverordnung über Schlafzölle vom 6. Juni 1917 Reichszeitblatt S. 476 wird den Bezirksveränden der Amtshauptmannschaften Großenhain, Pirna, Dresden-Meissn, Bautzen und Leipzig die Befreiung verliehen, das in ihrem Bezirk wachsende Schlafzölle in seinem Zustand zu unterwerfen abzuernten. Die Befreiung erstreckt sich nicht auf Schlafzölle, das der Eigentümer oder sonstige Nutzungsberechtigte selbst zu diesem Zweck erneut.

Die Amtshauptmannschaften haben dem bisherigen Eigentümer oder sonstigen Nutzungsberechtigten eine angemessene Vergütung zu gewähren.

§ 2. Jeder Besitzer eines Grundstücks im Bezirk der fünf Amtshauptmannschaften ist verpflichtet, der Amtshauptmannschaft oder der von ihr beauftragten Person das Vorhandenseins oder zur zweckentsprechenden Überleitung von Schlafzölle erforderlich ist. Auf Verlangen der Amtshauptmannschaft hat er zu diesem Zweck auch geeignete Plätze zur Trockenung des Schlafzölkörpers gegen eine von der Amtshauptmannschaft zu gewährende angemessene Vergütung zur Verfügung zu stellen. In gleicher Weise sind Besitzer von Ställen und ähnlichen Wirtschaftsgebäuden verpflichtet, diese zur Überleitung des Schlafzölkörpers gegen angemessene Vergütung zur Verfügung zu stellen.

§ 3. Über Streitigkeiten, die aus der Durchführung der §§ 1 und 2 ergeben, entscheidet endgültig die Kreishauptmannschaft Dresden.

Dresden, den 10. Juni 1917.

Ministerium des Innern.

1079 a II B II

3288

## Ahrenlesen betr.

Es wird darauf hingewiesen, dass es verboten ist, das aus den aufgelesenen Ahren gewonnene Getreide selbst oder gegen Lohn auszumahlen zu lassen. Dieses Getreide ist vielmehr gleich dem übrigen Getreide für den Kommunalverband beschlagnahmt und muss an die für den Getreideeinkauf in Frage kommenden Kommissionäre abgeliefert werden.

Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mr. bestraft.

Großenhain, am 12. Juli 1917.

1647 o F II A. Der Kommunalverband.

## Entnahme von Leigwaren und Abgabe derselben an Minderbemittelte zu herabgesetzten Preisen.

Die auf Abschnitt 5 der Lebensmittelkarte I angemeldeten Leigwaren können vom Sonnabend, den 14. dieses Monats ab gegen Abgabe der Quittung über den Bezugsabschnitt 5 bei den Kleinhändlern entnommen werden. Es entfallen auf den Abschnitt 5.

Für die Stadt Nadeburg und die zu dem amtschauptmannschaftlichen Bezirk Großenhain gehörigen Landgemeinden hat die Königliche Amtshauptmannschaft nach Gehör des Ernährungsausschusses und Bezirksausschusses folgendes bestimmt: Die Leigwaren werden an die minderbemittelten Bevölkerung in der Stadt Nadeburg, sowie in den Landgemeinden des Bezirks zu einem um 8 Pf. pro 125 gr billigeren Preise abgegeben.

Zur minderbemittelten Bevölkerung sind im vorliegenden Falle lediglich die Personen zu rechnen, deren Einkommen nicht mehr als 2500 Mr. beträgt.

Jeder Haushaltungswortstand mit einem Einkommen von weniger als 2500 Mr. kann soviel mal 125 gr Leigwaren zu dem herabgelegten Preise gegen Abgabe der Quittung über den Bezugsabschnitt 5 der grünen Lebensmittelkarte beziehen, als er Personen in einem Haushalte beschäftigt hat. Wer sich zu den Minderbemittelten im vorstehenden Sinne rechnet und Leigwaren zu dem herabgelegten Preise beziehen will, hat hier vorher bei der Gemeindebehörde seines Wohnorts die Quittung über den Bezugsabschnitt 5 auf der Rückseite mit dem Gemeindestempel abstempen zu lassen.

Die Verkaufsstellen wollen auf die so abgestempelten Quittungen der Bezugsabschnitte 5 je 125 gr Leigwaren um 8 Pf. billiger verabfolgen, die abgestempelten Quittungen besonders sammeln und der Gemeindebehörde vorlegen, die über die Anzahl der abgeleiteten Quittungen eine Belohnung auszuteilen hat. Diese Belohnung sollen die Geschäftsinhaber der Königlichen Amtshauptmannschaft einsenden auf Grund deren alshalb der Preisunterschied von 8 Pf. für jede abgestempelte Quittung erstattet werden wird.

Großenhain, am 12. Juli 1917.

1663 o F II A. Der Kommunalverband.

## Ablieferung von Rübelmägen betr.

Für den Bezirk des Kommunalverbandes Großenhain wird auf Grund der Bundesratsverordnung über Rübelmägen von Rübeln vom 1. März 1917 folgendes bestimmt:

§ 1.

Rübelmägen — mit Ausnahme der bei Haushaltungen anfallenden und im eigenen Haushalt oder in der eigenen Wirtschaft Verwendung findenden — dürfen nur noch mit Erlaubnis des Kreisausschusses für pflanzliche und tierische Flese und Fette, G. m. b. H. in Berlin abgelehnt werden.

§ 2.

Rübelmägen, die dieser Absatzbeschränkung unterliegen, sind ohne jeden Verzug und nur noch an die Feintalschmelze Einkauf und Verwertung von Fleischerei-Rohprodukten und Stockfossen (e. G. m. b. H.) in Dresden, Schlachthof, die in § 4 festgelegten Preise abzuhandeln.

Bis zur Ablieferung sind die Mägen mit größter Sorgfalt zu behandeln und aufzubewahren.

Die Behandlung hat in folgender Weise zu geschehen:

Sofort nach der Schlachtung sind die Mägen mit möglichst „langem Hals“ abzuschneiden und trocken zu reinigen. Wasser darf bei der Reinigung nicht verwendet werden. Die gereinigten Mägen sind aufzublaufen und zum Trocknen an luftiger Stelle aufzuhängen. Nach beendigter Trocknung sind die Mägen zum Zwecke des Verkaufes aufzustechen und glatt zu streichen.

Der Lieferungspflichtige kann die Behandlung der Mägen der obengenannten Feintalschmelze überlassen. In diesem Falle hat der Lieferungspflichtige bei der Postkennung und Reinigung nach den obigen Vorschriften zu verfahren und dafür Sorge zu tragen, dass die Mägen unverzüglich und ohne Beschädigung an die Feintalschmelze gelangen. Weiter hat er eine vom Kriegsausschuss festgestellte Gebühr an die Feintalschmelze zu entrichten.

Der Preis für gut aufgeschlachte fehlereife Mägen darf zufolge Festlegung des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes 60 Pf. für das Stück, der Preis für schwache Mägen (Stangenmägen), darf 40 Pf. für das Stück nicht übersteigen. Die Zahlung erfolgt binnen 2 Wochen nach Ablieferung der Mägen an die Feintalschmelze. Einigen sich die Beteiligten nicht über den Preis, so erhält die Zahlung binnen zwei Wochen nach endgültiger Festlegung des Preises durch den Kriegsausschuss.

Für Mägen, die bei Haushaltungen anfallen, kann der Kriegsausschuss besondere Zuschläge bewilligen.

§ 3.

Die Beamten der Polizei und die von der Polizei beauftragten Sachverständigen sind befugt, in die Räume, in denen Rübelmägen gewonnen, aufbewahrt oder verarbeitet werden, jederzeit einzutreten, dorthin Besichtigungen vorzunehmen, Geschäftsaufzeichnungen einzuholen und Proben zu entnehmen. Wer Rübelmägen im Gewerbe hat, ist verpflichtet, den Beamten der Polizei und den von der Polizei beauftragten Sachverständigen über die Vorräte, insbesondere über Herkunft, Menge, Alter und Erwerbspreis Auskunft zu geben.

§ 4.

Mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark wird bestraft:

1. wer Mägen der Vorschrift in § 1 zu wider ablegt,
2. wer der Lieferungspflicht nach § 2 nicht nachkommt,
3. wer die von ihm nach § 3 erforderliche Auskunft nicht in der gesuchten Frist erteilt oder wissentlich irrtümlich oder unvollständig Angaben macht,
4. wer im übrigen den Bestimmungen dieser Bekanntmachung zuwiderhandelt.

Neben der Strafe kann auf Einziehung der Mägen konstatiert werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

Großenhain, am 2. Juli 1917.

1466 o F II A.

## Der Kommunalverband.

## Quarantäleferung betr.

Die Quarantäleferung an Seiten der Milchviehzüchter entsprechen bei weitem nicht der Milcherzeugung.

Es ist darum hinzuwirken, dass möglichst viel abgeliefert wird, wobei bemerkt wird, dass die Milchzüchter nur bereit sind, 10% der in ihren Betrieben abfallenden Mägermilch zu verwenden, alle übrige Mägermilch aber in Quart zu verarbeiten und dieser, soweit er nicht gegen Marken an Verbraucher abgegeben wird, an die Aufläufer bez. die Sammelstellen abzugeben ist.

Großenhain, am 13. Juli 1917.

269 F II B.

## Die Königliche Amtshauptmannschaft.

Das Konkurrenzverfahren über das Vermögen der offenen Handelsgesellschaft in Firma Göpfer & Lunde in Gröba wird nach Ablösung des Schlüstertermins hierdurch aufgehoben.

Großenhain, den 10. Juli 1917.

## Königliches Amtsgericht.

## Bestandsanzeigen!

Die Vorbrücke zu den von den Mühlen, Händlern, Bäckern, Konditoren und Kleinhändlern am 15. Juli 1917 nach § 22 der Bekanntmachung des Kommunalverbandes vom 2. September 1915 zu erstattenden Bestandsanzeigen sind hier eingegangen und im Rathaus, Zimmer Nr. 4 abzuholen.

Zur Erfüllung von Portokosten sind wir bereit, die ausgestellten Bestandsanzeigen zu summieren und weiterzugeben, wenn sie uns bis

Montag, den 16. Juli 1917, nachmittags 5 Uhr zurückgegeben werden.

Der Rat der Stadt Riesa, am 12. Juli 1917.

R.

## Sammeln von Brennnesseln.

Die Fasern der Brennnessel bildet einen wertvollen Ertrag für Baumwolle. Es soll daher, wie bereits im Vorjahr, auch dieses Jahr das Sammeln der Brennnessel eifrig durchgeführt werden.

An unsere Einwohnerchaft richten wir daher die Bitte, das Sammeln der Brennnessel eifrig durchzuführen.

Eine Anweisung für das Einzammeln von Brennnesseln befindet sich an anderer Stelle des Blattes. Weitere Auskünfte bezüglich der Durchführung der Brennnesselgewinnung erteilt bereitwillig unser Stadtgärtner Herr Kinkel.

Die gut getrockneten Brennnesseln bitten wir an die Polizeiwache, welche als Sammelpunkte bestimmt worden ist, gegen entsprechende Vergütung abzuliefern. Für den Doppelzentner trockne Stengel werden 14 Mr. bezahlt. Mengen unter einem Doppelzentner werden mit 12 Pf. pro kg vergütet.

Der Rat der Stadt Riesa, am 13. Juli 1917.

Gh.

Mit Genehmigung der Königlichen Amtshauptmannschaft Großenhain wird der Weida-Riesa-Kommunikationsweg vom 14.-19. Juli für allen Fahrverkehr gesperrt und zwischen über Pausitz bez. Oberadolz verrieben. Zu widerhandlungen werden nach dem Reichsstrafrechtsbuch bestraft.

Weida, den 13. Juli 1917.

## Der Gemeinkontakt.

Der Heimatdau — Ortsanschluß Zeithain wird in den nächsten Tagen die Jahresbeiträge seiner Mitglieder im Oel- und Tr.-Leb.-Platz Zeithain wie in Gemeinde Gröba mit Rittergut einzahlen.

Um neue Beiträge wird dringend gebeten. In jedem Haus muss wenigstens 1 Mitglied sein und seine Korporation oder Verein sollte fernbleiben.

Unter Helden verbreiten den Dank des Vaterlandes!

Walter Max, Vorsitzender.

## Dorfliches und Sächsisches.

Maria, den 14. Juli 1917.

—**Wiederholung der Bremmelsammlung.** — In der zweiten Woche vergangenen Monats wurde die Bremmelsammlung für die sächsische Landesregierung auf dem Markt zum 16. April d. J. in die Wohnung einer Mutter und dabei dieser eine Stange Bremmeln in einem Kästchen abgegeben. Diese waren von einem in Sachsen und Böhmen ansässigen Kästchenhersteller in Sachsen.

—**Landgericht.** Die fünfte Strafkammer des Dresdenner Landgerichts verhandelt gegen den Schuhmacher G. in Werdau wegen schweren Diebstahls. Der Angeklagte fliegt während der Nacht zum 16. April d. J. in die Wohnung seiner Mutter und stahl dieser eine Stange Bremmeln und überzog sie. Das Urteil lautet auf 6 Monate Gefängnis. — Außerdem erhielt der Schuhmacher G. aus Claudiis, der einem Arbeitsgenossen eine Uhr nebst Kette und seiner Mutter einen goldenen Ring stahl, eine 2-monatige Gefängnisstrafe.

—**Erweiterung für das Sammeln von Bremmeln.** 1. Zu sammeln ist nur die brennende, langstielige Bremmeli (lauts dient). Die fruchtartige, gewölkte, niedrige Bremmeli ist nicht zu sammeln. 2. Der schönste Zeitpunkt zum Sammeln der Bremmeli ist die Zeit nach vollendetem Blüte. Auch früher gesammelte Bremmeli sind noch brauchbar. 3. die geernteten Stengel der Bremmeli müssen eine Länge von mindestens 50 cm. aufweisen; kürzere Stengel sind nicht zu kommen, da sie für die Safergewinnung wertlos sind. 4. Die Stengel sind unmittelbar über dem Erdoden abzuziehen, so dürfen nicht ausgerissen werden. Das Abziehen erfolgt am besten mit einem Messer oder einer Sichel, bei größeren Beständen mit einer Sense. 5. Zum Schutz gegen das Brennen wird die Herabwendung von Handtüchern aus leichten Stoffen empfohlen. Kurze Zeit nach der Brüte brennen die Blätter nicht mehr. 6. Um Verluste oder Zerbrechen der Stengel ist unter allen Umständen zu vermeiden, besonders ist dies auch bei dem Picken in Büschen oder Gärten zu beachten. 7. Die abgeschnittenen Bremmeli sind, wenn möglich am Gewinnungsort liegen bleiben können, in Büschel zu verpacken und an geeigneten Stellen zum Trocknen dünn auszubreiten. — Die Stengel müssen gut getrocknet werden, weil sie sonst in kurzer Zeit unter Wärmeträufelung zu faulen beginnen; faule Stengel sind aber für die Safergewinnung unbrauchbar. Die genügende Ertragung ist erreicht, wenn die Blätter sich leicht abziehen lassen. 8. Nach dem Trocknen sind die Blätter, etwaige Seitenäste und die Rinde zu entfernen. Daraus wird je eine Hand voll Stengel durch eine Art Kamm hindurchgezogen. Der Kamm wird zweckmäßig dadurch hergestellt, daß in einer 1,5 Meter lange Lotte kräftige Nadeln in einem Abstande von je 1,5 cm. eingeschlagen werden. Die Lotte ist dann nach der Vereinfachung der Entlaubungsarbeit vor dem Gebrauche an einem Baume oder Balken zu befestigen. 9. Die entblätterten Stengel sind sorgfältig geordnet in Büschel oder Gärten zu binden. 10. Für entblätterte und sorgfältig gebündelte Bremmeli-Stengel werden 14 M. für 100 Kilogramm bezahlt. 11. Die verbleibenden Blätter und Rinde sind wertvoller Viehfutter und haben den gleichen Wert wie gutes Heu.

—**Berl. Liste.** Eingegangen ist die am 11. Juli 1917 ausgegebene Sachsische Verlustliste Nr. 425, die in unserer Gewaltshütte zur Einsichtnahme ausliegt.

—**Landeskulturrat.** In der Sitzung des Standesamtlichen Ausschusses des Landeskulturrates vom 10. Juli 1917 wurden unter anderem folgende Beschlüsse gefasst: Die lang andhaltende Trockenheit hat die Futtermittelpflege der ländlichen Landeskulturrat unentbehrlich erfordert. Der Nachwuchs eines zweiten Schnittes auf den Kleebergen und Wiesen ist in letzter Zeit nicht zu erwarten. Der erste Schnitt ist zwar einwandfrei eingefahren, hat aber nur zwei Drittel des vorjährigen Ertrages gebracht. Auch die Trockenheit bleibt hinter dem Vorjahr um ein beträchtliches zurück. Da nach den Mitteilungen des Wissenschaftlichen Telegraphenbüros in weiten Landesteilen des Deutschen Reiches die Verdunstungszeit unweit günstiger liegen, soll das Königliche Ministerium des Innern pedieren, dass das Königreich Sachsen zu den Verhandlungen an den Stroh möglicherweise herangezogen wird. — Der Viehhändlerverband für das Königreich Sachsen wird voraussichtlich eine größere Anzahl Rindvieh aus Holland zur Einführung bringen. Es sollen Vorfahrungen getroffen werden, daß geeignetes Futtervieh ausgedehnt und an die Landwirte im Königreich Sachsen zum Verkauf gebracht wird. — Der Landeskulturrat erklärt sich mit der Errichtung einer Futtermittelpflegestelle beim Viehhändlerverband für das Königreich Sachsen einverstanden. — Es sollen Versuche angestellt werden, um genaue Ergebnisse über den Futterwert des ensilierten Grünfutters zu gewinnen. — Das Königliche Ministerium des Innern soll pedieren, daß die im Bande bestehenden Kartellfleißabteilungen im künftigen Wirtschaftsjahr voll beschäftigt werden, um auf diese Weise dem Verderben der Kartoffeln vorzubeugen und halbtägige Vorräte für die menschliche Ernährung zu gewinnen. — Den Landeskulturrat ist empfohlen worden, auf die Verordnung des Jahres 1916 betreffend Eintritt von Kindern und Schweinen in die Staatsforsten erneut zurückzukommen. — Die Landeskulturrat soll erneut pedieren, für geeignete Sachtleb enttretende Preise zu zahlen, damit die Landwirte nicht durch Zahlung von Schlachtviehpreisen erheblich geschädigt werden. — Gegen die Verfügung eines Kommunenverbundes, daß bei ungünstiger Witterung von Eltern den betreffenden Landwirten die Fleischzulagen entzogen werden sollen, soll Einspruch erhoben werden.

—**Ablaufsatzvertrag mit Österreich-Ungarn.** Nach Auseinander des Kriegsamttes Berlin sind die deutschen Einheiten in Österreich-Ungarn, ebenso wie die österreichisch-ungarischen Einheiten in Deutschland in Reichsmarke abzuwerten. Diese Regelung erstreckt sich bereits auf die bereits abgeschlossenen Kaufgeschäfte mit Ausnahme 1. der Wartumreise, für die es derzeit keinen Höhe Bereich Zahlung aufgetragen hat, 2. der Geschäftsbüchlichkeit vorher anliegenden den bewerteten amtlichen Stellen bereits festgestellten Abnahmeverbindungen vereinbart worden sind. In dieser Regelung des Ablaufsatzvertrags ist mit der zu bemerken, daß es sich dabei um eine allgemein gültige Vereinbarung zwischen der deutschen und österreichisch-ungarischen Regierung handelt, die sich nicht nur auf Kriegsbedarf, sondern allgemein auf alle Ein- und Verkäufe beschränkt.

—**Kleinfahrt-Wochen in Sicht!** Der bayerische Minister des Innern, Freiherr von Bodmann, hat dem Haushaltsausschuss der bayerischen Zweiten Kammer mitgeteilt, das Kriegsernährungsamt habe die Einübung kleinfahrt-Wochen im Spätsommer in Aussicht genommen, um den Viehbestand zu schonen. Von Sachsen aus will diese Ankündigung bestätigt. Wie der Präsident der Fleischstelle, Graf von Holzenborff, in der am Mittwoch in Chemnitz abgehaltenen Hauptversammlung der landwirtschaftlichen Kreisvereine im Erzgebirge mitteilte, soll die Fleischfaktion in Sachsen von nächster Woche ab auf den Kopf der Bevölkerung auf 400 Gramm und jedenfalls bald danach auf 300 Gramm herabgesetzt werden.

\***Großes Dem. Uffz. d. L. Richard Werner, Inhaber der Fleisch-Ausg.-Medaille, wurde das Ehrenkreuz I. Klasse verliehen.**

—**Sitzung.** Während des Unterrichts gestorben ist ein Meister Schäffler. Man nahm sich zu, daß das Kind

eingedrungen sei, wachte aber beim die Wahrnehmung einzog, und war bald bereit eingezogen zu sein.

—**Gas.** Das einen Gasstromspülbad der inneren Stadt hat in einer der letzten Nächte eine 400 Kubikmeter gasverdampfende und verdampfende Wasserkunst im Wasserkreis von etwa 10 000 Liter Minuten werden. Auf den Wassern befindet sich eine Gasleitung einer Wasserleitung mit einem bunten Strom im Schnabel, teils der Wasserleitung "mit Wasser-Schau".

## Die evangelisch-lutherische Landessynode.

Die dritte öffentliche Sitzung der evangelisch-lutherischen Landessynode wurde vom Präsidenten Dr. Gerden am Donnerstag vormittag 10 Uhr eröffnet. Nach dem Gebet und dem Bericht der Registrars wurde der Entwurf eines Rechenschaftsberichts, die Petition des Schulabschlußtages betreffend, in der Sitzungsordnung angenommen. Sohn trat die Synode in die Beratung über den Erloß, eine Darlegung des evangelisch-lutherischen Landeskonsortiums über die Schiedsinstanz der Reformation im Jahre 1917 betreffend, sowie über die darauf bezüglichen Anträge und Petitionen; der Berichterstatter des Kirchenrats Prof. Dr. Hirschfeld brachte folgendes: Wie neuen und des Erlasses und seiner Ausregungen. Besonders die Aufhebung des Heiligen Geistes verweist uns auf starke Unruhe unter den Christen. Wie Kirchen und nicht vor den Zeiten und es liegt der Synode fern, gegen die Aufhebung des Heiligen Geistes zu protestieren, aber das evangelische Volk muß sich um so inniger zusammenhalten. Wie darüber hinaus den Ständen und der Staatsregierung für die Aufrechterhaltung ihres Standpunktes in der Sitzungsrede in Sachsen. Wie begehrten weiter den Gedanken der Heiligung der Kirche. Gedanken einiger Kantoren und Kirchenlehrer, ob sie sich ihrer bedienen sollten, möchte die Synode dahin berechtigen, daß dies Ehrenpflicht für sie sei. Obwohl begründet wir die Vorladung zur Evangelisation in den Gemeinden. Die Gründung eines zweiten Predigerseminars kann die Synode nur dankbar aufnehmen. Denn es würde nur einen Rückstand abheben. Die finanziellen Schwierigkeiten, die der Gründung entgegenstehen, beweisen nur, wie schwer unsere Landeskirche unter dem Gewicht des Rechtes der Selbstbesteuerung leidet. Die Synode sollte sich zu einer Erklärung in diesem Sinne entschließen. Wie die Dinge liegen, sollte die Staatsregierung — entweder ihrem sonstigen Entgegenkommen — die Mittel selbst gewähren. Der Anregung, die die Sozialdemokratie bei der Gründung eines zweiten Predigerseminars kann die Synode nur dankbar aufnehmen. Die finanziellen Schwierigkeiten, die der Gründung entgegenstehen, beweisen nur, wie schwer unsere Landeskirche unter dem Gewicht des Rechtes der Selbstbesteuerung leidet. Die Synode sollte sich zu einer Erklärung in diesem Sinne entschließen. Wie die Dinge liegen, sollte die Staatsregierung — entweder ihrem sonstigen Entgegenkommen — die Mittel selbst gewähren. Der Anregung, die die Sozialdemokratie bei der Gründung eines zweiten Predigerseminars kann die Synode nur dankbar aufnehmen. Die finanziellen Schwierigkeiten, die der Gründung entgegenstehen, beweisen nur, wie schwer unsere Landeskirche unter dem Gewicht des Rechtes der Selbstbesteuerung leidet. Die Synode sollte sich zu einer Erklärung in diesem Sinne entschließen. Wie die Dinge liegen, sollte die Staatsregierung — entweder ihrem sonstigen Entgegenkommen — die Mittel selbst gewähren. Der Anregung, die die Sozialdemokratie bei der Gründung eines zweiten Predigerseminars kann die Synode nur dankbar aufnehmen. Die finanziellen Schwierigkeiten, die der Gründung entgegenstehen, beweisen nur, wie schwer unsere Landeskirche unter dem Gewicht des Rechtes der Selbstbesteuerung leidet. Die Synode sollte sich zu einer Erklärung in diesem Sinne entschließen. Wie die Dinge liegen, sollte die Staatsregierung — entweder ihrem sonstigen Entgegenkommen — die Mittel selbst gewähren. Der Anregung, die die Sozialdemokratie bei der Gründung eines zweiten Predigerseminars kann die Synode nur dankbar aufnehmen. Die finanziellen Schwierigkeiten, die der Gründung entgegenstehen, beweisen nur, wie schwer unsere Landeskirche unter dem Gewicht des Rechtes der Selbstbesteuerung leidet. Die Synode sollte sich zu einer Erklärung in diesem Sinne entschließen. Wie die Dinge liegen, sollte die Staatsregierung — entweder ihrem sonstigen Entgegenkommen — die Mittel selbst gewähren. Der Anregung, die die Sozialdemokratie bei der Gründung eines zweiten Predigerseminars kann die Synode nur dankbar aufnehmen. Die finanziellen Schwierigkeiten, die der Gründung entgegenstehen, beweisen nur, wie schwer unsere Landeskirche unter dem Gewicht des Rechtes der Selbstbesteuerung leidet. Die Synode sollte sich zu einer Erklärung in diesem Sinne entschließen. Wie die Dinge liegen, sollte die Staatsregierung — entweder ihrem sonstigen Entgegenkommen — die Mittel selbst gewähren. Der Anregung, die die Sozialdemokratie bei der Gründung eines zweiten Predigerseminars kann die Synode nur dankbar aufnehmen. Die finanziellen Schwierigkeiten, die der Gründung entgegenstehen, beweisen nur, wie schwer unsere Landeskirche unter dem Gewicht des Rechtes der Selbstbesteuerung leidet. Die Synode sollte sich zu einer Erklärung in diesem Sinne entschließen. Wie die Dinge liegen, sollte die Staatsregierung — entweder ihrem sonstigen Entgegenkommen — die Mittel selbst gewähren. Der Anregung, die die Sozialdemokratie bei der Gründung eines zweiten Predigerseminars kann die Synode nur dankbar aufnehmen. Die finanziellen Schwierigkeiten, die der Gründung entgegenstehen, beweisen nur, wie schwer unsere Landeskirche unter dem Gewicht des Rechtes der Selbstbesteuerung leidet. Die Synode sollte sich zu einer Erklärung in diesem Sinne entschließen. Wie die Dinge liegen, sollte die Staatsregierung — entweder ihrem sonstigen Entgegenkommen — die Mittel selbst gewähren. Der Anregung, die die Sozialdemokratie bei der Gründung eines zweiten Predigerseminars kann die Synode nur dankbar aufnehmen. Die finanziellen Schwierigkeiten, die der Gründung entgegenstehen, beweisen nur, wie schwer unsere Landeskirche unter dem Gewicht des Rechtes der Selbstbesteuerung leidet. Die Synode sollte sich zu einer Erklärung in diesem Sinne entschließen. Wie die Dinge liegen, sollte die Staatsregierung — entweder ihrem sonstigen Entgegenkommen — die Mittel selbst gewähren. Der Anregung, die die Sozialdemokratie bei der Gründung eines zweiten Predigerseminars kann die Synode nur dankbar aufnehmen. Die finanziellen Schwierigkeiten, die der Gründung entgegenstehen, beweisen nur, wie schwer unsere Landeskirche unter dem Gewicht des Rechtes der Selbstbesteuerung leidet. Die Synode sollte sich zu einer Erklärung in diesem Sinne entschließen. Wie die Dinge liegen, sollte die Staatsregierung — entweder ihrem sonstigen Entgegenkommen — die Mittel selbst gewähren. Der Anregung, die die Sozialdemokratie bei der Gründung eines zweiten Predigerseminars kann die Synode nur dankbar aufnehmen. Die finanziellen Schwierigkeiten, die der Gründung entgegenstehen, beweisen nur, wie schwer unsere Landeskirche unter dem Gewicht des Rechtes der Selbstbesteuerung leidet. Die Synode sollte sich zu einer Erklärung in diesem Sinne entschließen. Wie die Dinge liegen, sollte die Staatsregierung — entweder ihrem sonstigen Entgegenkommen — die Mittel selbst gewähren. Der Anregung, die die Sozialdemokratie bei der Gründung eines zweiten Predigerseminars kann die Synode nur dankbar aufnehmen. Die finanziellen Schwierigkeiten, die der Gründung entgegenstehen, beweisen nur, wie schwer unsere Landeskirche unter dem Gewicht des Rechtes der Selbstbesteuerung leidet. Die Synode sollte sich zu einer Erklärung in diesem Sinne entschließen. Wie die Dinge liegen, sollte die Staatsregierung — entweder ihrem sonstigen Entgegenkommen — die Mittel selbst gewähren. Der Anregung, die die Sozialdemokratie bei der Gründung eines zweiten Predigerseminars kann die Synode nur dankbar aufnehmen. Die finanziellen Schwierigkeiten, die der Gründung entgegenstehen, beweisen nur, wie schwer unsere Landeskirche unter dem Gewicht des Rechtes der Selbstbesteuerung leidet. Die Synode sollte sich zu einer Erklärung in diesem Sinne entschließen. Wie die Dinge liegen, sollte die Staatsregierung — entweder ihrem sonstigen Entgegenkommen — die Mittel selbst gewähren. Der Anregung, die die Sozialdemokratie bei der Gründung eines zweiten Predigerseminars kann die Synode nur dankbar aufnehmen. Die finanziellen Schwierigkeiten, die der Gründung entgegenstehen, beweisen nur, wie schwer unsere Landeskirche unter dem Gewicht des Rechtes der Selbstbesteuerung leidet. Die Synode sollte sich zu einer Erklärung in diesem Sinne entschließen. Wie die Dinge liegen, sollte die Staatsregierung — entweder ihrem sonstigen Entgegenkommen — die Mittel selbst gewähren. Der Anregung, die die Sozialdemokratie bei der Gründung eines zweiten Predigerseminars kann die Synode nur dankbar aufnehmen. Die finanziellen Schwierigkeiten, die der Gründung entgegenstehen, beweisen nur, wie schwer unsere Landeskirche unter dem Gewicht des Rechtes der Selbstbesteuerung leidet. Die Synode sollte sich zu einer Erklärung in diesem Sinne entschließen. Wie die Dinge liegen, sollte die Staatsregierung — entweder ihrem sonstigen Entgegenkommen — die Mittel selbst gewähren. Der Anregung, die die Sozialdemokratie bei der Gründung eines zweiten Predigerseminars kann die Synode nur dankbar aufnehmen. Die finanziellen Schwierigkeiten, die der Gründung entgegenstehen, beweisen nur, wie schwer unsere Landeskirche unter dem Gewicht des Rechtes der Selbstbesteuerung leidet. Die Synode sollte sich zu einer Erklärung in diesem Sinne entschließen. Wie die Dinge liegen, sollte die Staatsregierung — entweder ihrem sonstigen Entgegenkommen — die Mittel selbst gewähren. Der Anregung, die die Sozialdemokratie bei der Gründung eines zweiten Predigerseminars kann die Synode nur dankbar aufnehmen. Die finanziellen Schwierigkeiten, die der Gründung entgegenstehen, beweisen nur, wie schwer unsere Landeskirche unter dem Gewicht des Rechtes der Selbstbesteuerung leidet. Die Synode sollte sich zu einer Erklärung in diesem Sinne entschließen. Wie die Dinge liegen, sollte die Staatsregierung — entweder ihrem sonstigen Entgegenkommen — die Mittel selbst gewähren. Der Anregung, die die Sozialdemokratie bei der Gründung eines zweiten Predigerseminars kann die Synode nur dankbar aufnehmen. Die finanziellen Schwierigkeiten, die der Gründung entgegenstehen, beweisen nur, wie schwer unsere Landeskirche unter dem Gewicht des Rechtes der Selbstbesteuerung leidet. Die Synode sollte sich zu einer Erklärung in diesem Sinne entschließen. Wie die Dinge liegen, sollte die Staatsregierung — entweder ihrem sonstigen Entgegenkommen — die Mittel selbst gewähren. Der Anregung, die die Sozialdemokratie bei der Gründung eines zweiten Predigerseminars kann die Synode nur dankbar aufnehmen. Die finanziellen Schwierigkeiten, die der Gründung entgegenstehen, beweisen nur, wie schwer unsere Landeskirche unter dem Gewicht des Rechtes der Selbstbesteuerung leidet. Die Synode sollte sich zu einer Erklärung in diesem Sinne entschließen. Wie die Dinge liegen, sollte die Staatsregierung — entweder ihrem sonstigen Entgegenkommen — die Mittel selbst gewähren. Der Anregung, die die Sozialdemokratie bei der Gründung eines zweiten Predigerseminars kann die Synode nur dankbar aufnehmen. Die finanziellen Schwierigkeiten, die der Gründung entgegenstehen, beweisen nur, wie schwer unsere Landeskirche unter dem Gewicht des Rechtes der Selbstbesteuerung leidet. Die Synode sollte sich zu einer Erklärung in diesem Sinne entschließen. Wie die Dinge liegen, sollte die Staatsregierung — entweder ihrem sonstigen Entgegenkommen — die Mittel selbst gewähren. Der Anregung, die die Sozialdemokratie bei der Gründung eines zweiten Predigerseminars kann die Synode nur dankbar aufnehmen. Die finanziellen Schwierigkeiten, die der Gründung entgegenstehen, beweisen nur, wie schwer unsere Landeskirche unter dem Gewicht des Rechtes der Selbstbesteuerung leidet. Die Synode sollte sich zu einer Erklärung in diesem Sinne entschließen. Wie die Dinge liegen, sollte die Staatsregierung — entweder ihrem sonstigen Entgegenkommen — die Mittel selbst gewähren. Der Anregung, die die Sozialdemokratie bei der Gründung eines zweiten Predigerseminars kann die Synode nur dankbar aufnehmen. Die finanziellen Schwierigkeiten, die der Gründung entgegenstehen, beweisen nur, wie schwer unsere Landeskirche unter dem Gewicht des Rechtes der Selbstbesteuerung leidet. Die Synode sollte sich zu einer Erklärung in diesem Sinne entschließen. Wie die Dinge liegen, sollte die Staatsregierung — entweder ihrem sonstigen Entgegenkommen — die Mittel selbst gewähren. Der Anregung, die die Sozialdemokratie bei der Gründung eines zweiten Predigerseminars kann die Synode nur dankbar aufnehmen. Die finanziellen Schwierigkeiten, die der Gründung entgegenstehen, beweisen nur, wie schwer unsere Landeskirche unter dem Gewicht des Rechtes der Selbstbesteuerung leidet. Die Synode sollte sich zu einer Erklärung in diesem Sinne entschließen. Wie die Dinge liegen, sollte die Staatsregierung — entweder ihrem sonstigen Entgegenkommen — die Mittel selbst gewähren. Der Anregung, die die Sozialdemokratie bei der Gründung eines zweiten Predigerseminars kann die Synode nur dankbar aufnehmen. Die finanziellen Schwierigkeiten, die der Gründung entgegenstehen, beweisen nur, wie schwer unsere Landeskirche unter dem Gewicht des Rechtes der Selbstbesteuerung leidet. Die Synode sollte sich zu einer Erklärung in diesem Sinne entschließen. Wie die Dinge liegen, sollte die Staatsregierung — entweder ihrem sonstigen Entgegenkommen — die Mittel selbst gewähren. Der Anregung, die die Sozialdemokratie bei der Gründung eines zweiten Predigerseminars kann die Synode nur dankbar aufnehmen. Die finanziellen Schwierigkeiten, die der Gründung entgegenstehen, beweisen nur, wie schwer unsere Landeskirche unter dem Gewicht des Rechtes der Selbstbesteuerung leidet. Die Synode sollte sich zu einer Erklärung in diesem Sinne entschließen. Wie die Dinge liegen, sollte die Staatsregierung — entweder ihrem sonstigen Entgegenkommen — die Mittel selbst gewähren. Der Anregung, die die Sozialdemokratie bei der Gründung eines zweiten Predigerseminars kann die Synode nur dankbar aufnehmen. Die finanziellen Schwierigkeiten, die der Gründung entgegenstehen, beweisen nur, wie schwer unsere Landeskirche unter dem Gewicht des Rechtes der Selbstbesteuerung leidet. Die Synode sollte sich zu einer Erklärung in diesem Sinne entschließen. Wie die Dinge liegen, sollte die Staatsregierung — entweder ihrem sonstigen Entgegenkommen — die Mittel selbst gewähren. Der Anregung, die die Sozialdemokratie bei der Gründung eines zweiten Predigerseminars kann die Synode nur dankbar aufnehmen. Die finanziellen Schwierigkeiten, die der Gründung entgegenstehen, beweisen nur, wie schwer unsere Landeskirche unter dem Gewicht des Rechtes der Selbstbesteuerung leidet. Die Synode sollte sich zu einer Erklärung in diesem Sinne entschließen. Wie die Dinge liegen, sollte die Staatsregierung — entweder ihrem sonstigen Entgegenkommen — die Mittel selbst gewähren. Der Anregung, die die Sozialdemokratie bei der Gründung eines zweiten Predigerseminars kann die Synode nur dankbar aufnehmen. Die finanziellen Schwierigkeiten, die der Gründung entgegenstehen, beweisen nur, wie schwer unsere Landeskirche unter dem Gewicht des Rechtes der Selbstbesteuerung leidet. Die Synode sollte sich zu einer Erklärung in diesem Sinne entschließen. Wie die Dinge liegen, sollte die Staatsregierung — entweder ihrem sonstigen Entgegenkommen — die Mittel selbst gewähren. Der Anregung, die die Sozialdemokratie bei der Gründung eines zweiten Predigerseminars kann die Synode nur dankbar aufnehmen. Die finanziellen Schwierigkeiten, die der Gründung entgegenstehen, beweisen nur, wie schwer unsere Landeskirche unter dem Gewicht des Rechtes der Selbstbesteuerung leidet. Die Synode sollte sich zu einer Erklärung in diesem Sinne entschließen. Wie die Dinge liegen, sollte die Staatsregierung — entweder ihrem sonstigen Entgegenkommen — die Mittel selbst gewähren. Der Anregung, die die Sozialdemokratie bei der Gründung eines zweiten Predigerseminars kann die Synode nur dankbar aufnehmen. Die finanziellen Schwierigkeiten, die der Gründung entgegenstehen, beweisen nur, wie schwer unsere Landeskirche unter dem Gewicht des Rechtes der Selbstbesteuerung leidet. Die Synode sollte sich zu einer Erklärung in diesem Sinne entschließen. Wie die Dinge liegen, sollte die Staatsregierung — entweder ihrem sonstigen Entgegenkommen — die Mittel selbst gewähren. Der Anregung, die die Sozialdemokratie bei der Gründung eines zweiten Predigerseminars kann die Synode nur dankbar aufnehmen. Die finanziellen Schwierigkeiten, die der Gründung entgegenstehen, beweisen nur, wie schwer unsere Landeskirche unter dem Gewicht des Rechtes der Selbstbesteuerung leidet. Die Synode sollte sich zu einer Erklärung in diesem Sinne entschließen. Wie die Dinge liegen, sollte die Staatsregierung — entweder ihrem sonstigen Entgegenkommen — die Mittel selbst gewähren. Der Anregung, die die Sozialdemokratie bei der Gründung eines zweiten Predigerseminars kann die Synode nur dankbar aufnehmen. Die finanziellen Schwierigkeiten, die der Gründung entgegenstehen, beweisen nur, wie schwer unsere Landeskirche unter dem Gewicht des Rechtes der Selbstbesteuerung leidet. Die Synode sollte sich zu einer Erklärung in diesem Sinne entschließen. Wie die Dinge liegen, sollte die Staatsregierung — entweder ihrem sonstigen Entgegenkommen — die Mittel selbst gewähren. Der Anregung, die die Sozialdemokratie bei der Gründung eines zweiten Predigerseminars kann die Synode nur dankbar aufnehmen. Die finanziellen Schwierigkeiten, die der Gründung entgegenstehen, beweisen nur, wie schwer unsere Landeskirche unter dem Gewicht des Rechtes der Selbstbesteuerung leidet. Die Synode sollte sich zu einer Erklärung in diesem Sinne entschließen. Wie die Dinge liegen, sollte die Staatsregierung — entweder ihrem sonstigen Entgegenkommen — die Mittel selbst gewähren. Der Anreg

**Europäische Militärversammlung in Brüssel.** Die Sitzungen der kleinen Säle belagern, kommt es fortwährend zwischen Delegationen aus Russland, Italien und Österreich.

**Der Krieg des Schweizerhauses bei St. Moritz.**

**X. Zedenhausen.** "Westlings Tidende" meldet aus Stockholm, dass Norddeutsche Werke berichtet, dass in den letzten Monaten deutsche Uboote täglich seien. Berichtswelle wurde gemeldet, es seien mehrere Kampfer ausgesetzt worden, darunter der schwedische Kampfer "Kronan", der zwei Kampfer "Art. von Stora" sei von einem besetzten Unterseeboot angegriffen worden, habe aber die Gefahrlosigkeit zur Weiterreise erhalten.

**Die Weißfahne St. Quentin.**

**X. Berlin.** In den letzten 14 Tagen sind auf St. Quentin etwa 2800 Schiffe gefallen. Die Kathedrale erhebt sich 80 Meter und wird mehr und mehr zur Ruine.

**Der Staatssekretär für Indien zurückgekehrt.**

**X. London.** (Reuter.) Der Staatssekretär für Indien, Chamberlain, hat am Abend während der Debatte des Unterhauses über die Vorgänge in Mesopotamien seinen Rücktritt bekanntgegeben.

**X. London.** (Reuter.) Im Unterhaus gab Balfour im Namen der Britier über die Vorgänge in Mesopotamien berichtet, dass Hardinge, der zur Zeit der Gründung des Mesopotamischen Reiches von Indien gewesen und jetzt ständiger Sekretär des Auswärtigen Amtes sei, bereits zweimal seinen Rücktritt angeboten habe. Balfour habe aber das Qualifizierungsliebhaber wegen der wertvollen Dienste Hardinges im Auswärtigen Amt nicht angenommen.

**Rücktritt des chilenischen Ministeriums.**

**X. Santiago de Chile.** Das Ministerium ist zurückgetreten.

**Die militärische Lage in Mexikton.**

**X. London.** Amtlich wird gemeldet: In Mexikton kommt es beständig zu Zusammenstößen zwischen Parteien. Doch hat sich die allgemeine Lage nicht geändert.

**Die amerikanische Industrie zur Verfügung der Regierung.**

**X. Washington.** (Reuter.) Der Kriegsminister Baker teilte mit, dass mit den Vertretern der amerikanischen Staatskanzlei eine Vereinbarung geschlossen worden ist, monach die gesamte Erzeugung der Industrie der Regierung zu Kriegszwecken zu bestimmten Preisen zur Verfügung gestellt wird.

**Die "New York Times" über die Ablösungen Amerikas.**

**X. Berlin.** Welche Gefahr bei unseren Feinden noch immer besteht, wird treffend geschildert durch den folgenden W桐er: "Fünfzigtausend aus Amerika vom 11. dieses Monats": "Die Selbstauskunft Deutschlands". Die "New York Times" meint, dass selbst die deutschen Sozialisten, wo sie die Demokratisierung des Kaiserreichs predigen, noch nicht klar genug die Wichtigkeit des Verbündeten einsehen, hoffen Deutschland vor dem Richtschlag der Stabilisation angelagt wird. In seiner Rede im Reichstagsausschuss sprach Ebert die Ansicht aus, dass die deutsche Regierung den Frieden haben könne, wenn sie nur ein Friedensangebot ohne Annexions- und Entschädigungen machen würde und das Streben nach einem Sonderfrieden mit Russland unterlassen sollte. Ebert sprach wie ein Mann, der in einem Jahrhundert lebt. Seit der Marneblüte handelt es sich nicht mehr um die Frage von Annexions durch Deutschland, aber um Entschädigungen, die es vorschreiben könnte. Diese Ansicht ist seit langer Zeit schon von den Alliierten bei Seite geschoben worden. Ebert räumt sich aber, wenn er erklärt, dass Deutschland den Frieden haben könne, wenn es ganz einfach auf seine beabsichtigten Annexionen und Entschädigungen verzichtet. Ein Frieden, der auf diesem Grundblatt aufgebaut ist, wird nur den früheren Zustand wieder herstellen. Da Deutschland weiß, dass sein Sieg unmöglich ist, so ist ihm der Status quo erwünscht. Die Alliierten werden zu diesen Bedingungen keinen Frieden schließen. Die Träume und ehrgeizigen Pläne des Imperialismus müssen aufgegeben werden. Deutschland muss vollständig seinen Geisteszustand ändern, bevor sich die Alliierten berbeschlissen, von Frieden zu sprechen.

**Militärikommissare der russischen Regierung.**

**X. Petersburg.** (Petersburg, Teleg. Agentur.) Im Hinblick auf die Uniformierung des Heeres nach demokratischen Grundprinzipen hat die vorläufige Regierung beschlossen, bei jedem Oberkommando das Amt eines Militärikommissars der Regierung einzurichten.

**Verordnung über Auskunftspflicht.**

**X. Berlin.** Der Bundesrat hat in seiner gestrigen Sitzung eine Verordnung über Auskunftspflicht beschlossen. Danach sind der Reichskanzler, die Landesregierungsbüroden und die von diesen bestimmten Stellen berechtigt, jederzeit Auskunft über wirtschaftliche Verhältnisse jeglicher Art zu verlangen. Als wirtschaftliche Verhältnisse werden in der Verordnung besonders erwähnt die Betriebe, sowohl die Leistungen und die Leistungsfähigkeit von Unternehmen und Betrieben. Die zur Auskunftsabholung beauftragten Stellen und die von ihnen Beauftragten sind auch befugt, zur Ermittlung richtiger Angaben die Geschäftsbüro und Geschäftsbücher einzusehen sowie Betriebsinrichtungen und Räume zu besichtigen und zu untersuchen, in denen Betriebe erzeugt, gelagert oder gehalten werden, aber in denen Gegenstände zu vermuten sind, über die Auskunft verlangt wird. Die zuständigen Stellen sind, wie bisher, ferner befugt, die Errichtung und Führung besonderer Lagerbücher vorzuschreiben. Die Vorräte, die verschiedenartig werden, können als dem Staate verfallen erklärt werden, ob sie dem Auskunftspflichtigen gehören oder nicht.

**Schwerer Schiffbruch.**

**X. Manganon.** (Reuter.) Das Schiff der British-Indian-Line "Chitra", das am 30. Juni von Madras nach Manganon abgegangen war, ist in Brand geraten und musste preisgegeben werden. An Bord befanden sich 15 europäische und 1800 bis 1700 Passagiere. Man hat noch keine weiteren Einzelheiten, doch heißt es, dass viele Menschenleben verloren sind.

**Gesetzliche Gesetzesberichte.**

**Französischer Bericht vom 12. Juli nachmittags:** Gemäß letzterer Artillerieabteilung in der Champagne und an der Küste im Abschnitt der Mündung von Saône. Feindliche Angriffe in der Gegend der Treidels-Hochfläche und südlich von Dijonsgau wurden leicht abgewehrt. Die Deutschen verloren dabei zwei Maschinen, im Abschnitt der Höhe 304 und nördlich des Werkes von Dijonsgau nach heftiger Beschuss mehrere Handstreiche auszuführen. Keiner hatte Erfolg. Von der übrigen Front ist nichts zu melden.

**Zweiter Bericht vom 11. Juli: Westfront:** In der Richtung auf Dijon festen unsere Truppen die Verfolgung des durch die Armee des Generals Cornilow auf der Front Beauvois-St. Omer-Saint-Omer-Langres vorherrschenden Feindes nach Nordwesten fort. Gegen Mittag nahmen unsere Truppen unter dem Befehl des Generals Udermann die Stadt Sainte-Menehould ein und waren ihre Vorhut auf das linke Ufer der Maas. Bei Einbruch der Dämmerung erreichten unsere Truppen das Domfront-Lai auf der Front Romme-Langres-Tobrouck und waren noch kurz vor dem Sonnenuntergang auf das linke Flusshafen, wobei sie die Dörfer Moulins und Babina belegten. Die Abteilungen, die die Front Langres-Babina-Boulogne angreifen, brachen den feindlichen Widerstand und

## Deutscher Generalstabbericht.

(Wendic.) Groß-Germania, 12. Juli 1917.

**Weißfahne Schlesien.**

**Einheitsbericht über die Kriegsschäden.** Einheitsbericht über die Kriegsschäden und Kriegsverluste war im nächsten Abschnitt bei anderer Seite des Generalstabes hoch. Einheitliche Berichte ähnlich von Wismar, Rostock und Lübeck, bei dem zweiten Kampfer "Art. von Stora" sei von einem besetzten Unterseeboot angegriffen worden, habe aber die Gefahrlosigkeit zur Weiterreise erhalten.

**Generalgruppe Deutsche Straße.**

Wieder war die Hauptstädte des Kaiserreichs in der westlichen Champagne sehr stark betroffen. Auch auf dem linken Rheinufer erreichte das Klima ebenfalls große Öffnungsrate. Bis der Höhe 304 nahmen Gewitterwolken in feindlichen Tageszeiten die vom Seine am 8. Juli ausgedehnten Städten wieder. Die Weisung wurde wiederholt, ein Teil gefangen zu verhindern. Die vom und in den Städten am 25. Juni neuem Gewitterwolken in 4 Kilometer Weite und einschließlich ihres Vorfeldes damit wieder in unserer Hand.

**Das heutige Gegenvorstoß droht ein Gefechtsdurchbruch bei Grunau und Schwaben zu Gefangen zu werden.**

**Generalgruppe Herzog Albrecht.**

**Die Lage ist unverändert.**

**Im zahlreichen Rettungsbooten verloren die Steiger 17 Passagiere, 2 weitere durch Absturz. Oberstleutnant Wölker von Taufkirchen, der am 12. Juli zwei schwimmende Steiger zum Hafen brachte, errang keinen durch Abschuss eines Geschossen den 16. Aufschlag.**

**Öffentlicher Kriegschauplatz.**

**Front des Generaloberst Prinz Rupprecht von Bayern.**

**Am Rhein, bei Emmerich und an der Mosel war die Wehrbereitschaft reg. Auch westlich von Luxemburg wurde infolge einer Erkundungspatrouille zeitweise auf Südbahn des Einsatzes und an mehreren Stellen der Raum-Saale zahlreiche Angriffe zum Scheitern gebracht worden.**

**Am Rhein**

**Front des Generaloberst Erzherzog Joseph und bei der**

**Generalgruppe des Generaloberst Marschall von Hindenburg**

**drangen nach Nörtemer Rhein mehrere feindliche Aufklärungsbataillone gegen unsere Stellungen vor; sie sind überall abgetrieben worden.**

**Massenartige Front**

**Ostlich der Niedre-Pianina löste ein erfolgreicher bulgarischer Angriff östliche Gegenangriffe der Serben aus; sie schlagen verlustreich fehl.**

**Der erste Generalanwaltsmeister: Ludendorff.**

erreichten die Linie Bassett-Piessoula-Rodmote. Im Verlaufe dieses Kampftages machten wir mehr als 2000 Gefangene und erbeuteten etwa 10 Geschütze. Im ganzen machten wir an den drei Kampftagen des 8., 9. und 10. Juli in der Richtung auf Tolon mehr als 150 Offiziere und 10000 Mann zu Gefangenen, erbeuteten ungefähr 80 Geschütze, darunter 12 schwere und außerdem eine große Zahl Grabenkampfmittel und Maschinengewehre, ebenso wie eine beträchtliche Menge Kriegsgerät und Schießbedarf. Auf dem übrigen Teil der Front lebhafter Artilleriekampf in Richtung auf Stockow und bei Brzezany.

## Tagesgeschichte.

**Deutschland Reich.**

**Wegen der Zustände in Elsaß-Lothringen**

**hatten die Reichstagsabgeordneten Böhme (Soz.), Wendebach (Benz.), Haub (El.) und Wendel (Döz.) mit Oberst b. Wissberg und einem anderen Vertreter des Kriegsministeriums eine längere Unterredung. Bei der Befreiung, die sich hauptsächlich um die Schuhfrage und die Sprachenverfügungen drehte, wurde in wichtigen Punkten Einigkeit erzielt und die Bildung und möglichste Wstellung der vorgebrachten Behauptungen angefragt.**

**Aenderung des Hamburger Wahlkreises.**

**Am Mittwoch abend wurde in der Hamburger Bürgerschaft der Antrag des Senats auf Aenderung des Wahlkreiswahlrechts unter Aufhebung des verhältnismäßig geprägten von 1906 nach gleichgearteten Erklärungen der Sozialdemokraten und der Fortschrittlern fast ohne Lebhaft angenommen.**

**Die erste städtische Bank.**

**Groß-Berlin** die erste städtische Bank erhalten. Der Magistrat von Neukölln hat nämlich seiner Stadtverordnetenverzählung eine Vorlage gegeben lassen, in der um die Bewilligung von Mitteln zur Begründung eines derartigen Bankinstitutes ersucht wird. Das Unternehmen, an dessen Zustandekommen kaum zu zweifeln sein dürfte, soll den Großbanken in Berlin Konkurrenz machen, sondern vor allem kleinen Gewerbetreibenden, deren wirtschaftliche Lage sich im Laufe des Krieges ungünstig gestaltet hat, seine Hilfe angebieten lassen.

**Rußland.**

**Der sechsstündige Arbeitstag.** Die englische wie die italienische Presse verurteilt die russische Arbeiterschaft, die den sechsstündigen Arbeitstag durchsetzen sucht. Sie wird auf die Arbeiter in den Vereinigten Staaten hingewiesen, die auf ihre Ferien verzichten, um den Betrieb in den Munitionsfabriken voll aufrecht zu erhalten. — Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur hat der Arbeitsminister Sobolew an die Arbeiter einen Aufruf gerichtet, in dem er auf die kritische Lage der russischen Industrie, die die alte Regierung verschuldet habe, hinweist. Der Minister mahnt vor allem die Universalität der Arbeiter in ihren Streitigkeiten mit den Ingenieuren und Direktoren und sagt mit den Arbeitgebern, die daher die Fabriken und Werkstätten verlieren, so dass sie ohne technische Leitung, Betriebsleitung und sogar ohne finanzielle Beihilfe seien.

## Numänen als Getreideeland.

**Der Feldzug in Rumänien hat die Besetzung des bedeutendsten aller europäischen Getreidegebiete durch die Wehrmacht im Gefolge gehabt.** Die insbesondere in der Weizelach alljährlich geernteten Mengen von Getreide sind beträchtlich groß, das bereits im Frieden gewaltige technische Einrichtungen geschaffen werden müssen, die ausschließlich zur Lagerung, Aufbereitung und Verarbeitung sowie zum Motortransport des Getreides dienen. Diese Einrichtungen gehören zu den größten der Welt. Sie sind nach den neuesten Fortschritten und auf Grund bestehender technischer Erfindungen erbaut, ihre gesamte Anlage und ihre Einzelheiten gelten als vordbildlich. Mit besterem Sicht darf es uns erfüllen, dass sie fast ausschließlich deutsche Errungenschaften darstellen. Deutsche Firmen waren es, die Rumänen ermöglichten, sich auf Grund seines Getreideertrags eine Stellung im Weltmarktfeld zu erobern.

**Vom rumänischen Württemberg dienen rund 80 v. d. dem Getreidebau.** Hauptähnlich sind es Württemberg und Sachsen, die man dort ist. Dessen kommt auf den

Getreide rund ein Drittel der gesamten Weizelabschöpfung, auf den Weizen sind 80 v. d. auf die Weizen sind 80 v. d. Der Anbau von Hafer und Roggen mit insgesamt 9 v. d. spielt eine nur untergeordnete Rolle. Die ausnahmsweise Getreidefelder beläuft sich auf 6,5 Millionen Tonnen (1 Tonne = 1000 Kilogramm). Man hat berechnet, dass bei anderer Bewirtschaftung des rumänischen Bodens die Produktion mit Sicherheit noch um etwa ein Drittel steigen würde. Von dem erzeugten Getreide wird nur der geringste Teil im Lande selbst verbraucht; mehr als die Hälfte wird ausgeführt.

**Die Bedeutung der Ausfuhr** steht in sicherer Linie der Seeweg. Kreuzt werden auch beträchtliche Mengen des Getreides auf dem Bahnhof verfrachtet; andere gehen auf der Donau nach Westen. Da aber die Donau am "Unteren Tor" für größere Schiffe schwer zu passieren ist, und da hier dort gebaute Kanal gleichfalls nur einen begrenzten Betrieb gestattet, so fällt der Verschiffung auf der Donau bisher eine nur untergeordnete Bedeutung zu. Selbst die nach Deutschland gehenden Getreidemengen wurden an der Donaumündung auf große Schiffe verladen und dann auf dem Wege über das Mittelmeer und den Atlantischen Ozean nach den deutschen Nordseebächen gebracht.

**Das in Rumänien geerntete Getreide wurde entweder mit Fuhrwerken oder auf der Eisenbahn nach der Donau befördert, um von hier aus seinen Weg in die Welt anzutreten. Gewöhnlich ging dieser Weg zunächst ostwärts bis zum Mündungsgebiet zum Donaubüfe, wo die Verladung auf die Seeschiffe stattfand. Die Donau ist bis zu diesem Delta nur für kleinere Schiffe befahrbar. Im Delta selbst ist der mittlere Arm, die Sulina, bereits kanalisiert, das auf ihr große Schiffe bis nach Galatz und Braila gelangen können, die die Hauptumschlagsstellen für das rumänische Getreide bilden, 80 v. d. der Gesamtumschlag an rumänischem Getreide kommen aus dem Hafen von Braila. In Galatz hingegen, von wo die Seeschiffe noch 140 Kilometer weit auf der kanalisierten Sulina bis an das Meer haben, war der Ein der reichen Getreidehandel.**

**Die Eigenart des Getreidevertriebes** hatte zur Folge, dass in Braila sowie in Constanza jene gewaltigen Einrichtungen entstanden, die ein Betrieb deutlicher Technik, deutscher Fleisch- und deutscher Unternehmenskraft darstellen. Hier befinden sich die großen Speicher, die eine derartige Lagerung des Getreides ermöglichen, dass ein Getreide, ausgeschlossen ist. Hier sind die Mühlen, in denen ein Teil sofort zu Mehl vermahlen wird. Hier befinden sich die geradezu vorbildlichen Transport- und Verladeeinrichtungen. Unter ihnen ist vor allem der große Getreidebehälter — oder, wie diese Speicher gewöhnlich genannt werden, der "Silo" von Constanza zu erwähnen, der eingetaktet ist, dass die Eisenbahnlänge ohne weitaus in ihn hineinfahren können. Sie werden dort sofort entladen, um dann auf einem der zahlreichen Ausweichgleise wieder zu verladen und neuen Gütern Platz zu machen. Die Entladung von Getreide geschah gewöhnlich auf pneumatischem Wege, d. h. man leitet in die Speicher oben ein weiter Rohr hinein, dessen unterer Teil als sogenannter "Augenschlüssel" ausgebildet ist. Zum Pumpen man dann aus dem Rohr heraus, was mittels besonderer Maschinen geschieht, so wird das Getreide angelangt; es wird in dem Rohr empor und wird darin beim Speicher oben der Speicher angelängt. Dieser benutzt man aber ausstatt der pneumatischen Förderung auch die durch Pecherwerke. Hier wird ein aus luftgefüllten elastischen Röhren bestehendes Schwimmbad zwischen die beiden Schiffe gefahren, auf dem sich die zum Betrieb des Pecherwerks nötigen Maschinen und Einrichtungen befinden. Das Pecherwerk selbst wird in das Schiff hineingesetzt. Es besteht aus einer Reihe ohne Ende, an den Decken festgestellt sind, die das Getreide in eine Rinne befinden, auf der es in einen auf dem Schwimmstrom befindlichen Vorratsbehälter gelangt. Aus diesem Vorratsbehälter wird es in die Höhe befördert, wo es gleichfalls durch eine Rinne in das zu beladende Schiff hineinfliest. Eine andere Art der Verladung zeigt die vor dem Speicher von Constanza angebrachte, 500 Meter, also über einen halben Kilometer lange Verladebrücke, auf der die mit Getreide gefüllten, aus dem Speicher kommenden Wagen entlang gefahren werden, die dann ihren Inhalt durch die unter der Brücke angebrachten Schütttrinnen in die Schiffe entlädt.

**Deutsch liegt der Hauptteil Rumäniens** seit in deutscher Land, die auf, dafür sorgt, dass dem Boden kein Recht wird. Es besteht Aussicht, dass unsere diesjährige Kornraktion auch von Rumäniens bei einer Verstärkung erhält.

Dr. H. R.

## Bemerktes.

**Das Urteil im Bosnien Getreidebeschaffungsprozess.** Der Getreidebeschaffungsprozess gegen den Kaufmann Roman Gilliewicz und Genossen in Bosnien ist Mittwoch zu Ende geführt worden. Gilliewicz wurde zu dreizehn Monaten Gefängnis und 2500 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Angeklagte Novak erhielt sechs Monate und eine 1000 Mark Belohnung. Der Angeklagte Piotrowski fünf Monate Gefängnis und 18400 Mark Geldstrafe. Sämtlichen Verurteilten wurde die verbüßte Untersuchungshaft auf die Strafe angerechnet.

**Geheime Vorräte einer Gemüsehandelsfirma** Berlin hat der Obst- und Gemüsehandel Wanda Weihrauch in Charlottenburg, Joachimsthaler Straße 6, auf Grund der bekannten Bundesratsverordnung den Handel mit Getreide in großen Mengen wegen Hochstraßenüberschreitung. Jurisdiktion von Waren und Bevorzugung von Kunden unterstellt und das Geschäft geschlossen. Im Keller der Firma wurden, wie das "S. T." meldet, elf Fässer Kirschen vorgefunden, die sie nach ihrer eigenen Angabe zu bevorzugten Kunden abgegeben wollte. Im Schlafzimmer fanden die Beamten ein ganzes Warenlager zationierter Lebensmittel, so etwa 1000 Pfund Butter, 260 Pfund Mehl und Grüne, 50 Pfund weiße Bohnen, 2



# Beilage zum „Riesaer Tageblatt“.

Verleger und Herausgeber: August & Hermann, Riesa. Geschäftsführer: Georg Schäfer. Herausgeber: August Schäfer, Riesa. Druckerei: Gebrüder Schäfer, Riesa.

Jg. 160.

Freitag, 18. Juli 1917, abends.

70. Jahrg.

## Der Kaiser und die politische Krise.

Das Berlin wird uns zuletzt am 12. Juli eröffneten: Der König von Preußen hat das erste politische Gespräch mit dem Minister des Staatsministeriums vom 11. Juli aufgezeichnet, bei der dem preußischen Landtag vorliegende Reichstagswahl wegen Abänderung des Wahlrechts und der Wahldiäte nicht nur des allgemeinen, sondern des speziellen, sondern auch des gleichen Wahlrechts aufgestellt sei. Damit ist die Einführung des Reichstagwahlrechts in Preußen gesichert. Im Abgeordnetenhaus werden nach der Sitzung dieser Vertreter im Reichstag das Zentrum, die Fortschrittspartei, die Sozialdemokraten und die Börsen geschlossen, die nationalliberalen Partei in ihrer überwiegenden Mehrheit für die vom König gewünschte Wahlzeit eintraten. Die Sitzung der freikonservativen Partei, die im Reichstag bestimmt nicht vertreten ist, noch voransichtlich eine geholzte sein. Sicher ist jedenfalls, daß die konservative Partei, auch wenn sie einheitlich gegen die Wahlrechtsvorlage der Regierung stimmen und noch einen Zugang von Freikonservativen und Nationalliberalen erhalten sollte, in der Minderheit bleibt. Im preußischen Herrenhaus aber würde ein einmaliger ernster Widerstand gegen die Vorlage mit Hilfe eines Votum zu überwinden sein. Der Zeitpunkt der Einberufung der Vorlage ist offen gelassen worden. Da insbesondere die nächsten Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus nach dem neuen Wahlrecht stattfinden sollen, ist die Bestimmung des Termins der parlamentarischen Entscheidung unerlässlich.

Über die anderen Wünsche der neuen Reichsstaatsmehrheit liegt der Hessenkönig noch keine Entscheidung des Kaisers vor. Es heißt, daß er die Forderung einer Parlamentarisierung der Reichsregierung und der preußischen Regierung grundsätzlich nicht widerspreche. Nur über die Form, in der sie vollzogen werden soll, besteht noch keine Einigkeit. Sie ist auch in den Kreisen der Antragsteller im Reichstag noch nicht vorhanden. Die Ernenntung einiger Abgeordneter zu Ministern würde, wenn sie Abgeordnete bleiben wollen und gleichzeitig an den Bundesratsberatungen teilnehmen sollen, der Verfassung widersprechen. Würden sie aber als Minister aus der Volksvertretung ausscheiden, so hätte die Ernenntung ihren Zweck verfehlt. Man hat als Ausweg aus den Schwierigkeiten die Bildung eines Reichsrats in Erwägung gezogen, der als eine Art parlamentarischer Ratrat zu fungieren hätte. Allein das bißchen den Ministerabgeordneten große Verantwortungen aufzubürden, ohne ihnen die entsprechende Einflussnahme auf die Beitung der Reichsgeschäfte zu gewähren. Wollte man aber gar die aus dem Parlament zu beruhenden Staatssekretäre dem Reichskanzler in einem kollegialen Reichsministerium gleichstellen, so wäre nicht nur eine Verfassungsänderung nötig, sondern es würde auch die Bedeutung des Bundesrates erheblich herabgedrückt werden. Man wird also diese Frage noch weiter überlegen und ihre Klärung abwarten müssen.

Auch zur Frage des Kanzlerwechsels liegt noch keine Entscheidung des Kaisers vor. Der Kronprinz hat sich darüber von den Führern der Reichstagsparteien einen Vortrag halten lassen, ohne selbst eine Meinungsaufführung einzuhalten. Innerhalb der Mehrheitsparteien des Reichstags scheint sich in den letzten Stunden ein Umschwung zugunsten der Forderung eines Kanzlerwechsels zu vollziehen. Im Reichstag erwartet man eine Entscheidung über diese und die anderen Personalfragen noch im Laufe des Freitags. Der Sonnabend sind die abwesenden Reichstagsmitglieder von ihren Fraktionen telegraphisch zurückzuholen, weil man dann die entscheidende Sitzung erwartet.

Heute früh lagen uns folgende Meldungen vor:

### Vorträge beim Kaiser.

Der Kaiser hörte gestern vormittag die Vorträge des Chefs des Zivilministeriums und des Chefs des Militärmamisters sowie den Generalsstabsvorstand.

### Die Parteiführer beim Kronprinzen.

Wie die „B. B.“ meldet, hat der Kronprinz Donnerstag morgen die beratenden Mitglieder der Reichstagsabteilung im Palais empfangen. Es waren darunter die Abgeordneten v. Basse (fortschr. Volksp.), Dr. David (soz. Part.), Dr. Stresemann (nati.), Martin (d. F.), Erzberger (gr.) und Graf Westphal (cons.). Die Unterhandlungen mit jedem einzelnen Abgeordneten, die einzeln empfangen wurden, dauerten längere Zeit. Bei dem Empfang wurden alle Fragen der gegenwärtigen Lage eingehend besprochen.

Über den Empfang der Parlamentarier durch den Kronprinzen erläutert die „Berliner Abendzeitung“, daß der Kronprinz den Abgeordneten ausschließlich das Wort ließ. Er erklärte, daß er aus ihrem Runde eine Darstellung seiner innerpolitischen Lage wünsche und daß er, durch diesen Ratshilf gelehrt, sie zu sich gehoben habe. Wie jeder der Herren einzeln empfangen worden war, so stellte er natürlich auch von seinem Parteifunktionäre die Dinge dar. Innerhalb ihrer Fraktion werden die genannten Parlamentarier den Parteigenossen eingehend Bericht erläutert, insbesondere über den Einbruch, den, wie sie plaudern, die Ausführungen auf den Kronprinzen gemacht haben.

Der Kronprinz hatte gestern vormittag dem österreichisch-ungarischen Botschafter in Berlin, Prinz Hohenlohe, einen längeren Besuch ab.

### Der Chef des Zivilministeriums beim Kanzler.

Der Chef des Zivilministeriums, Herr von Valentini, batte gestern im Laufe des Vormittags dem Kanzler einen Besuch ab.

### Rücktritt preußischer Minister?

Wie die „Berliner Abendzeitung“, die an Stelle des verbotenen „Solalangeigers“ dessen Redakteur angeht, berichtet, haben die Minister von Breitenbach, von Schorlemmer, von Löbel, Befeler und von Trott zu Solz infolge der Entscheidung zugunsten des Reichstagswahlrechts in Preußen ihr Wiederholungsgebet eingereicht.

### Die Nationalliberalen und der Kanzler.

Die nationalliberalen Reichstagsfraktion sieht, wie die Telegraphen-Linie erläutert, die Regierungsspitze beim Verbleiben des Reichstagsamtes nicht als gefährlich an. Von einem bald eingehenden Fraktionsbeschluss hat der Vorsitzende, Prinz Schönborn-Carolath, den Chef des Zivilministeriums, von Valentini, unterschied.

### Plötzliche Erkrankung des Abgeordneten Spahn.

In der gestrigen Fraktionsitzung des Zentrums, die um 11 Uhr vormittags stattfand, erkrankte plötzlich der Vorsitzende, Dr. Spahn, nachdem er eine längere Rede gehalten hatte. Die Fraktionsitzung wurde darauf unterbrochen. Präsident Dr. Spahn verließ zunächst im Frak-

tionsraum. Zwei Herren, die Abgeordneten Dr. Gerlach und Dr. Schatz, bemerkten sich im den Gründen, der bei Demokratie betrieben hatte. Die Herren saßen fest, daß es sich um einen Schachzugszug handelt. Dr. Schatz wurde, nachdem er das Demokratie wieder erlangt hatte, in einem Automobil zu seiner Wohnung gefahren und verzweifelte sich mit einigen Schwörwörtern vor den gelehrten Parteigremien. Er hofft, in einigen Tagen wieder im Reichstag erscheinen zu können.

### Die Kriegszielentschließung der Reichstagsmehrheit.

Den Meldungen über den Wortlaut der von den Mehrheitsparteien des Reichstages anzunehmenden Kriegszielentschließungen kann die „Tägliche Rundschau“ hinzufügen, daß in dem Entwurf dieser Entscheidung der sehr demokratische Satz enthalten war: „Beginn einer Kriegsentschuldigung darf der Krieg nicht verlängert werden.“

### Erklärung der Konseriativen zur Wahlrechtsfrage.

In einer Erklärung des Konseriativen Parteikomitees zur Wahlrechtsfrage heißt es: Das gleiche Wahlrecht entricht nicht der Eigenart und der historischen Vergangenheit des preußischen Staates und nicht den der preußischen Bevölkerung vorbehaltenen geschichtlichen und sozialen Aufgaben. Es ist vielmehr geeignet, das feste Gefüge Preußens zu erhalten und auch dieser Staat der völligen Demokratisierung auszuliefern. Das durch ihn dargestellte unentbehrliche Gegengewicht gegen die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte für das Reich bestehen, wie durch die Einführung des gleichen Wahlrechts hinweggeräumt. Die konseriative Partei vermag weder zu erkennen, daß die in Aussicht gestellte Wahlnahme durch die Erfahrungen des Krieges geboten war, noch daß sie auch nur als geeignet erscheinen könnte, um über die Schwierigkeiten der heutigen Lage hinwegzuhelfen und den Siegeswillen des Volkes zu stärken. Die in Aussicht gestellte Wiederherstellung des preußischen Wahlrechts kann daher die konseriative Partei nur mit ernsten Bedenken und mit tiefen Sorgen für die Zukunft Deutschlands erfüllen.

### Stimmen der französischen Presse.

Die „Temps“ schreibt zu den Vorgängen in Berlin: Das ist das Szenario, das ausgearbeitet wurde: Die sozialistische Minderheit bleibt die Opposition, die Konseriativen hinter den Couillous. Man würde sich nicht wundern, wenn der Reichstag nach der geräuschvollen Kriegsrede dann gelangen würde, neue Versprechungen für das preußische Wahlrecht durchzusetzen und die Erinnerung an die Verhältnisse des 4. August 1914 sowie an die Fälle des 12. Dezember 1916 wieder zu erweden. — Der „Petit Parisien“ schreibt: Diejenigen waren allzu eilig, die auf Grund der Sonnabendssitzung des Hauptausschusses des Reichstages auf eine baldige Resolution in Deutschland hielten zu können glaubten. Heute ist es nicht einmal sicher, daß die Kaiserliche Regierung irgend welche Veränderung erfährt. Gewiß bleibt die Lage in Deutschland sehr verworren. Aber erst unter dem Deuse immer ungünstiger militärischer Ereignisse kann man in Deutschland irgend eine Veränderung oder den Umsturz erwarten.

„Journal“ schreibt: Die deutsche Kriegsfront steht auf dem September 1916 und heißt Unisibilität zu liegen. Die heutige Kriegs hat sich auf einige Ausbrüche schlechter Laune beschränkt, welche die Einigung über die Vergangenheit und die Besorgnis für die Zukunft unterstreichen. Jetzt verläuft man aber schon wieder die Sache beizulegen. Von einer echten Revolution sind wir weit entfernt. „Journal des Débats“ stellt fest, daß das deutsche Gebilde immer noch unerschüttert ist und noch starke Schläge bedarf, bevor es ins Wanken kommt. Der „Matin“ glaubt, im Gegenzug zu der übrigen Presse, daß der Reichstag sich nicht mit einigen leichten Veränderungen im preußischen Ministerium und Besprechungen von Wahlrechtsreformen und mit zweideutigen Friedensformeln zufrieden geben wird. — „Echo de Paris“ erklärt: Die Kriegs sei auf die Bestimmung Deutschlands über die Wizerolge des U-Boots-Krieges und das Scheitern der Stockholmer Konferenz zurückzuführen. Die Ereignisse seien für die Entente günstig unter der Bedingung, daß sie sich durch keine friedensfreudliche Worte Deutschlands täuschen lassen. — Der „Figaro“ erklärt, die Gründe der Kriegs seien sehr verbreitert. Die Ereignisse hätten das Programma des Deutschen zu Grunde gerichtet. Die Regierung könne das Eingeständnis, daß sie nicht mehr siegen könne, nicht wagen. Die Würde der Alliierten werde immer klarer, je größer die Schwierigkeiten im Innern Deutschlands würden. Jedes Nachgeben, jedes Abgängen, jeder Ausgleichsversuch würde das unmittelbare Ergebnis haben, die in Deutschland jetzt beginnende Vermirung aufzuhalten, deren Entwicklung für die Entente den Sieg bedeuten. Der „Gaulois“ betrachtet besonders die Rolle Erzbergers und meint, die Regierung wünsche angehendes des Dilemmas Zeit zu gewinnen. Die Kriegs übersteigt die Bedeutung eines einfachen Ministerwechsels. Es handelt sich darum, zu wissen, ob der Wille der Alldeutschen die Friedenswünsche des Volkes niederrücken kann oder nicht.

Die englischen Zeitungen könnten sich nicht genug tun, die ganze deutsche Demokratisierung als ein Falschspiel abzutun. Endlich die halbdosierte „Politik“ und „Politische Gazette“ forderte ruhigeren Beträchtung. Wir wissen, daß die feindliche Presse die eigenen kriegsunfähigen Völker mit falschen Hoffnungen auf den Verfall der deutschen Einigkeit wieder aufzurichten sucht; wir wissen auch, daß das anders in England, besonders in Frankreich und Italien der Fall war. Aber die Feinde werden doch bald erkennen, sie haben es zweifelhaft nicht mit einem geschmähten, innerlich zerstörten Deutschland zu tun, sondern mit einem Deutschland, das sowohl stark aus der so glücklich gelösten Krise hervorgehen muß und einmütig entschlossen ist, durchzuhalten bis zum Siege.

### Kriegsnachrichten.

#### Oesterl.-ang. Generalstabbericht.

Amtlich wird aus Wien verlautbart den 12. Juli 1917: Amtlicher Kriegsschauplatz: In Rumänien und in den Karpaten nichts von Belang. Südlich des Donets gelangten die Russen bis an unsere Romnicu-Stellung. Bei Kaluš kam es auf dem Westufer des Flusses zu Kämpfen. Am Stochow wurde nördlich der Bahn Nowo-Kowel ein

#### Von den Fronten.

Die Neuigkeiten aus dem erfolgreichen Vortrieb der deutschen Marine-Infanterie am 10. Juli zwischen Küste und der Straße Nieuport-Lombardey konnten noch nicht völlig festgestellt werden, da die feindlichen Streitkräfte durch unsere Artilleriebeschuss zum Teil vollkommen verschüttet sind. Bis heute wurden 26 Minenwerfer

und 18 Minenwerfer und eine Revolverkanone eingeschossen. Die eroberten Stellungen wurden von den Engländern am Vormittag des 11. mit starkem Feuer belagert, das am Nachmittag abschloß, um sich nachts wiederum zu verschieben und leidlichen Feuerüberfällen zu stellen. Bei dem erfolgreichen Angriff waren die deutschen Verluste äußerst gering.

Der gemeldete Vortrieb eines hanseatischen Regiments bei Rončec wurde um 8 Uhr morgens ausgeführt und brachte ein feindliches Grabenkrieger von 400 Meter Breite und 300 Meter Tiefe in unsere Hand. Die deutschen Batterien beschossen die Bahnhöfe Roer-les-Mines und Baume, wo lebhafter Beschluß beobachtet wurde, mit erstaunlicher Wirkung. Verschiedene Eisenbahnzüge mussten sich eilige davon.

In der Nacht zum 12. griffen feindliche Flieger zwischen 1 und 3 Uhr Ostende und Seebrücke an, ohne indirekte Schaden anzurichten. Feindliche Bombenabwürfe auf Koeksele und verschiedene Flugplätze blieben militärisch erfolglos, dagegen wurden mehrfach Einwohner verletzt, vier belgische Kinder getötet, drei Frauen und drei Männer verwundet. Ostende wurde von unseren Fliegern mit Bomben belagert. Drei feindliche Fesselballone sowie drei feindliche Flieger wurden von unseren Fliegern abgeschossen, ein feindlicher Fesselballon durch unser Schrapnelfeuer zum Niedergang gezwungen.

An der Ostfront lastete sich der Ruhre an beiden Seiten und Kavallerie langsam gegen uns plötzlich in den befestigten Stellungen vor. Am 11. erfolgten gegen Wend feindliche Zeitrangriffe bei Grabowka und bei Babinevzi, die in unserem Feuer erstickt wurden. In der Gegend von Bischau, beiderseits Dobow und östlich Lutz zeitweise heftige Feuersteigerung. Gegen 10 Uhr abends griff der Ruhre am Stochow nach mehreren schweren Feuerwellen in etwa 1 Kilometer Breite an. Der Angriff brach in unserem Feuer unter schweren russischen Verlusten zusammen.

An der rumänischen Front war die feindliche Artillerie besonders in der Gegend von Brasla-Batinus unruhig. Feindliche Schartenarbeiten nordöstlich der Rimnitzburg wurden durch unser Feuer gestoppt.

Vom 1. bis 10. Juli wurden in den Minuten von Beszann und Abow 1900 Gefangene, darunter 22 Offiziere, eingezogen. Die relativ geringe Gefangenenzahl ist ein Maßstab für die unschweren blutigen Verluste der Russen, die, erstaunlich bingemäßt, nur in seltenen Fällen höhere Graden erreichen konnten. Wenige Kompanien sind laut Meldungen von der Front im Feuer auf 20 bis 50 Mann Gefechtsstärke zusammengezogen. In zahlreichen Divisionen der russischen Armee wählt der Stochow. Vor dem Einsatz war den Russen verboden, daß sie im eine ruhige Stellung kämen und nicht angreifen müssten.

#### Der Erfolg in Flandern.

Aus London wird gemeldet: Der Militärkritiker der Times lobt den Erfolg der Deutschen in den Minuten schweren Artilleriebatterien und der Vernichtung von Brücken, wodurch dieses vorspringende Gelände vollständig isoliert wurde.

Die russische Offensive bei Stanislau steht dem „Petit Parisien“ aufgrund unter der Leitung des Generals Kornilow. Als Gründe für die Offensive wird die Rückeroberung der Ukraine und Polen und die Unmöglichkeit einer Offensive bei Dünaburg und Riga, wo die kriegsfeindlichen Bolschewiki die Mehrheit hätten, angegeben. — „Stock. Tidningar“ meldet aus Paparanda, daß die Truppen in der Ukraine sich geweckt hätten, an der „Kerenski-Offensive“ teilzunehmen. 5000 Soldaten hätten den großen Bahnhof von Kiew besetzt und verloren, andere Soldaten dazu zu überreden, gleichfalls die Abreise an die Front zu verzögern. Nach Schilderungen russischer Zeitungen endete der Kampf zwischen finnischen Bauern und Soldaten in Härmä mit einem Sieg der Bauern. Diese warteten in Verdecken, bis die Soldaten alle Munition verschossen hatten und stürzten sich dann auf die Russen, von denen über 50 verwundet oder getötet wurden.

#### Ein Blick hinter die russische Linie.

Offizient, den 11. Juli. Die Durchnahme unserer Front bei Stanislau, von der gefährliche Seeschilderung knapp und nüchtern wie immer ist, braucht in der Heimat keineswegs zu beunruhigen. Nur sehr ägernd und vorsichtig trauten sich die Russen in dem ihnen überlassenem wilden Hügelgelände vor. Überall suchten sie in einem Kessel zu geraten, der ihnen zur Falle werden konnte. Sie traute ihrem eigenen Erfolg nicht, schließlich landten sie nur Patrouillen und kleinere Kavallerieabteilungen vor, denen von den Offizieren dicker Verteidigung anempfohlen worden war. Viele dieser Patrouillen wurden von uns abgeschossen oder gefangen genommen.

Hinter den russischen Linien scheint doch nicht alles so klappen, wie die provisorische Regierung es wohl möchte. Damit sei nicht gesagt, daß etwa die Kampfstrafe der Russen nachgelassen habe, daß wir uns irgendwelche Hoffnungen auf einen plötzlichen Übergang machen dürfen, aber die Verbesserung der Russen scheint nicht an allen Stellen gut zu funktionieren. In vielen Formationen bericht der auf ungenügende Verbesserung zurückzuführende Stock. Manche Kompanien sind nach den Aussagen von Gefangenen durch diese Krankheit um sieben Prozent ihrer Gefechtsstärke abgenommen, unterhante Aufstellungen haben auch die Verbesserungen gefangen. Mannschaften und Soldaten-Delikte gebracht. Aus allen Aussagen gewann man die gleiche Bild, es ist weniger die reine Begeisterung, weniger die Patriotisierung, weniger der Freiheitsstammel der Revolution, der den gemeinsamen russischen Mann von neuem für den Krieg lebt, weniger der Kriegsgeist der Russen. Nur weil der Krieg liegt in alles, weniger am Sieg und nur weil die russische von London und Paris geleitete Propaganda den Soldaten die Idee aufreden konnte, daß die deutsche Offensive den Frieden bringen und durch weitere Unbereitheit des Kriegs verlängert werde, nur darum hat der russische Infanterist wieder zu den Waffen gerufen.

In den Soldatenberichten, die läufigen einen sehr aufgeweckten Eindruck machen und die provisorische Regierung willige und gefüllte Werkzeuge gefunden. Unliebhafte Elemente unter den Deputierten hat man einfach abgehoben. So wird der Eindruck immer stärker, daß die Revolutionsregierung in ihren Mitteln so wenig wählbar ist, wie es die alte Regierung war.

#### Emil Herold, Kriegsberichterstatter.

Feindliche Heeresberichte. Englischer Bericht vom 11. Juli. Die äußerste Heftigkeit der feindlichen Artillerie an der Front bei Wien.



